



Rahmenwahlprogramm für die Gemeindewahlen am 8. Oktober 2017

D'Leit staark maachen!

1 Präambel

2 Für ein Projekt der demokratischen, sozialen und ökologischen 3 Erneuerung

4 (Angenommen vom 14. ordentlichen Kongress von déi Lénk)

5 Der ökonomische und politische Kontext

6 Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat weltweit zu einer sozialen Krise und, damit verbunden,
7 zu Rekordarbeitslosigkeit und der Vertiefung der Ungleichheiten geführt. Hinzu kommen die
8 Flüchtlingskrise, die ihre Ursachen in der Ausbeutung afrikanischer Länder und den von
9 wirtschaftlichen Interessen westlicher Staaten angeheizten Kriegen im Nahen und Mittleren
10 Osten hat, sowie die globale Erderwärmung, die mittel- und langfristig eine ökologische
11 Katastrophe mit sich bringen dürfte.

12 In Luxemburg haben Steuervorteile, die dem Großkapital gewährt wurden, dazu beigetragen,
13 trotzdem eine hohe Wachstumsrate beibehalten zu können. Diese hat aber keineswegs dazu
14 geführt, dass die Arbeitslosenzahlen signifikant gesunken wären – die Armutsrate ist sogar
15 weiter gestiegen. Zusätzlich hat die liberale Politik der Regierung zu einer Wohnungskrise
16 geführt, die von Tag zu Tag schlimmer wird, und damit verbunden einem generellen Verlust
17 an Lebensqualität.

18 Auf die verheerenden Folgen der neoliberalen Politik der Deregulierung und der
19 Privatisierung sowie die zunehmende Verarmung der unteren und mittleren Schichten der
20 Bevölkerung reagieren die europäischen Regierungen – inklusive der luxemburgischen – mit
21 Gleichgültigkeit.

22 Diese Gleichgültigkeit und die ungebrochene Dominanz neoliberaler Politik während der
23 letzten 40 Jahre haben den Aufstieg der europäischen Nationalismen und der
24 Fremdenfeindlichkeit, von der auch Luxemburg nicht verschont bleibt, überhaupt erst
25 ermöglicht.

26 Das Gegenstück dieser Politik in den Gemeinden

27 Im Laufe der Jahre mussten die Gemeinden zusätzliche Aufgaben übernehmen. Gleichzeitig
28 sind ihre Einnahmen aber nicht gestiegen. Ganz im Gegenteil: Erst hat der Staat einen nicht
29 unerheblichen Anteil der Steuereinnahmen der Gemeinden für sich übernommen und einige
30 Gemeindesteuern entweder ganz gestrichen oder bis zur Wirkungslosigkeit beschnitten –
31 was die Gemeinden nur weiter in die Abhängigkeit trieb und ihre Autonomie weiter
32 einschränkte. Anschließend haben die Gemeinden selbst ihre eigenen Einnahmen durch eine
33 „unternehmerfreundliche“ Politik des Steuerdumpings beschnitten. Anstatt dem Bedarf an
34 zusätzlichen Einnahmen nachzukommen, haben sich die Verantwortlichen der Gemeinden
35 immer weiter neoliberaler Methoden bedient: Gemeindesteuern, die besonders Haushalte mit
36 niedrigem Einkommen treffen, wurden erhöht; kommunale Dienstleistungen mussten von nun
37 an kostendeckend funktionieren, wurden erst *outgesourct* und schließlich ganz privatisiert.
38 Diese immer noch dominante neoliberale Tendenz drängt sich weiterhin den Bürgerinnen und
39 Bürger gegen ihren Willen auf. Nach dieser Logik wurde die Handlungsfreiheit der kleinsten
40 demokratischen Struktur, der Gemeinde, darauf beschränkt, auf liberale materielle
41 Einschränkungen zu reagieren. Unter diesen Umständen verschwindet die demokratische
42 Debatte, und die Politik wird beschränkt auf die bestmögliche Verwaltung der herrschenden
43 Verhältnisse.

44 Ein Projekt der demokratischen, sozialen und ökologischen Erneuerung ausarbeiten

45 Wenn wir unsere demokratischen und sozialen Errungenschaften erhalten wollen und unsere
46 Rechte im Rahmen eines lebenswerten Umfelds stärken wollen, müssen wir die liberale Logik
47 bekämpfen und die Macht- und Vertrauensverhältnisse zwischen WählerInnen und

48 Gewählten erneuern. Dies gilt für die drei Ebenen politischer Entscheidungsfindung: die
49 europäische, die nationale und die kommunale.

50 *1) Die Demokratie in der Gemeinde stärken.*

51 Die Gemeinden sind in letzter Instanz zu Verwaltern der auf europäischer und nationaler
52 Ebene verursachten Probleme herabgestuft worden, obwohl eben dieses letzte Glied der
53 Entscheidungskette den Bürgerinnen und Bürgern das höchste Ausmaß an Mitbestimmung
54 gewährleisten kann. Einerseits durch die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger
55 ausländischer Staatsbürgerschaft und die verstärkte Vertretung von Frauen und
56 Jugendlichen in den Gemeinderäten. Andererseits wollen déi Lénk die politische Teilhabe
57 weiter stärken, etwa durch den weiteren Ausbau *der Mitbestimmung der Bürgerinnen und*
58 *Bürger* durch regelmäßige Nachbarschaftsversammlungen und die Einführung eines
59 BürgerInnenhaushaltes, der seinen Namen verdient.

60 *2) Das maßlose Wachstum bremsen.*

61 Das maßlose wirtschaftliche Wachstum, mit dem die Gemeinden aktuell zu kämpfen haben,
62 steht in eklatantem Widerspruch zur Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoß massiv zu reduzieren,
63 und den diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen, die die luxemburgische Regierung
64 eingegangen ist.

65 déi Lénk lehnen das Argument ab, dass dieses Wachstum unentbehrlich sei für den Erhalt
66 unseres Sozialmodells. Fakt ist, dass das starke Wachstum zugunsten des Finanzkapitals der
67 letzten Jahre mitnichten den Anstieg des Armutrisikos verhindern konnte. Während es
68 offensichtlich ist, dass unendliches Wachstum unmöglich ist, ist eine gerechte Verteilung von
69 Einkommen und Reichtum dringend notwendig und muss endlich auf die politische
70 Tagesordnung – sowohl national, wie auch in den Gemeinden.

71 Es ist skandalös, dass die Politik des Steuersenkungswettlaufs auf der nationalen Ebene
72 unermüdlich fortgeführt wird, um Unternehmen anzulocken, was dazu führt, dass die
73 Gemeinden mit immer weniger zu bewältigenden Verkehrsströmen und einem unerträglichen
74 Druck auf die Umwelt konfrontiert werden. Die Gemeinden müssten hierauf reagieren, indem
75 sie sich etwa auf Mindeststeuersätze für die kommunalen Gewerbesteuern einigen. Zugleich
76 muss in der Großregion im Interesse einer demokratischen und sozial ausgewogenen
77 Entwicklung die Zusammenarbeit gestärkt werden.

78 *3) Wirklich soziale und ökologische Politik in den Gemeinden.*

79 Die neoliberale Politik, die seit den 1980er Jahren auf europäischer, nationaler und
80 kommunaler Ebene dominiert, hat der sozialen Gerechtigkeit spürbar geschadet. Immer mehr
81 Menschen werden ökonomisch marginalisiert. Im Angesicht dieser wachsenden Probleme
82 dürfen die Gemeinden sich nicht darauf beschränken, die Armut mithilfe von Sozialbüros, von
83 Subventionen für Wohlfahrtsorganisationen und der Wohnungsvermittlung über soziale
84 Immobilienagenturen zu verwalten. Sie müssen, ganz im Gegenteil, dafür Sorge tragen, dass
85 starke und möglichst kostenlose kommunale Dienstleistungen garantiert werden. Sie müssen
86 den Mangel an Wohnraum durch die Besteuerung leerstehenden Wohnraums bekämpfen und
87 im großen Stil öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnraum errichten. Kommunal und
88 interkommunal müssen die Gemeinden dafür sorgen, dass ein attraktives öffentliches
89 Transportsystem ausgebaut wird, in Kombination mit der Förderung der sanften Mobilität.
90 All dies setzt natürlich eine Stärkung der finanziellen Mittel der Gemeinden voraus.

91 **Diese drei Themen sind miteinander verbunden. Wir müssen den Gemeinden und**
92 **ihren BewohnerInnen die Mittel geben, um klar und deutlich ihren politischen Willen**
93 **auszudrücken und diesen auch umzusetzen!**

94

95 A) **Die Demokratie in den Gemeinden stärken - die BürgerInnen in die**
96 **Entscheidungen einbinden!**

97

98 *Die Beteiligung aller in einer Gemeinde lebenden BürgerInnen an den gesellschaftlichen*
99 *Entscheidungen ist die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen. Für*
100 *déi Lénk gilt es dieser demokratischen Partizipation konkrete Gestalt zu geben, und sie in*
101 *den Gemeinden auf allen Ebenen zu verwirklichen. Deshalb stehen déi Lénk für:*

102

- 103 - Die Beteiligung der BürgerInnen bei der Aufstellung des kommunalen Budgets in Form
104 des Bürgerhaushaltes;
- 105 - Bürgerbefragungen bei allen wichtigen Projekten und Entscheidungen;
- 106 - Kontinuierliche Information und Austausch mit der Bevölkerung bei der Erarbeitung
107 großer Projekte;
- 108 - Einbeziehung der BürgerInnen in die konzeptuellen Planungen der Gemeinden durch
109 Einführung von kommunalen Foren zu wichtigen gesellschaftlichen Aspekten und
110 Zukunftsfragen („assises sociales, assises culturelles“, Jugendforen, etc.);
- 111 - Jährliche Informations- und Konsultationsversammlungen in allen Stadtvierteln zu
112 den geplanten Infrastrukturarbeiten des kommenden Jahres mit anschließendem
113 detailliertem Bericht an alle betroffenen Haushalte.

114

115 *Die Entscheidungen der Schöffen- und Gemeinderäte sowie der Gemeindeverwaltung*
116 *sollen transparent und demokratisch gestaltet werden, sowohl auf institutioneller Ebene*
117 *als auch im Umgang mit den BürgerInnen. Dazu gehört:*

118

- 119 - Detaillierter analytischer Bericht der Gemeinderatssitzungen an alle Haushalte in
120 allen Proporzgemeinden;
- 121 - Videoübertragung (via Internet oder Fernsehen) der gesamten Ratssitzung in allen
122 größeren Gemeinden; Übertragung in Gebärdensprache und Übersetzung ins
123 Französische und Deutsche;
- 124 - Barrierefreie Internet-Seiten (blinden- und sehbehindertenzugänglich; Formulierungen
125 in leichter Sprache);
- 126 - Einbeziehung interessierter BürgerInnen und Organisationen in die Arbeit der
127 konsultativen Kommissionen;
- 128 - Die Berichte der kommunalen Kommissionen sollen der Öffentlichkeit zugänglich sein;

- 129 - Schaffung parteiübergreifender öffentlicher Beratungsgremien, welche möglichen
130 „Favoritismus“ unterbinden (z.B. in der Einstellungspolitik, der Vergabe von
131 Sozialwohnungen, usw.);
- 132 - Informationspflicht des Schöffenrates und der Verwaltung gegenüber dem
133 Gemeinderat, der Öffentlichkeit und den einzelnen betroffenen BürgerInnen;
- 134 - Erarbeitung einer kommunalen Charta für Bürgerrechte, welche die Beziehungen der
135 Gemeindeverwaltung und BürgerInnen bezüglich der Einsicht in die
136 Gemeindegeschäfte, des Informationsflusses, Reklamationen usw. regelt;
- 137 - Die Gemeinden sollten eine/-n kommunale/-n Ombudsmann/-frau einsetzen, der/die
138 unabhängig vom Schöffenrat ist;
- 139 - Institutionalisiertes Beschwerde- und Vorschlagsrecht sowohl für Einzelpersonen wie
140 auch für Vereinigungen und Bürgerinitiativen;
- 141 - Verbesserung der Verwaltungsarbeit durch Foren mit dem Personal, in denen die
142 Aufgaben und Zielsetzungen der einzelnen Dienststellen und deren Bürgernähe
143 diskutiert werden;
- 144 - Bürgerämter in allen größeren Gemeinden mit Öffnungszeiten, die den Bedürfnissen
145 der BürgerInnen angepasst sind.

146

147 *Demokratie ist ohne Chancengleichheit undenkbar. Die Auseinandersetzung um gleiche*
148 *Rechte für Frauen spielt auch auf kommunaler Ebene eine entscheidende Rolle. Déi Lénk*
149 *setzen sich ein für:*

150

- 151 - Gleichstellungsämter in allen größeren Gemeinden, bzw. auf regionaler Ebene;
- 152 - Beratende Gleichstellungskommissionen in allen Gemeinden des Landes;
- 153 - Entwicklung von kommunalen Frauenförderplänen, die sich nicht auf den internen
154 Verwaltungsbereich der Gemeinde beschränken, sondern alle Bereiche auf dem
155 Territorium der Gemeinde einschließen;
- 156 - Paritätische Besetzung der Gemeindegremien;
- 157 - Ausarbeitung eines kommunalen Haushaltes, der die Gleichstellung von Mann und
158 Frau zum Ziel hat (Gender Budgeting), mit Aktionsplänen zur Behebung eventueller
159 Diskriminierungen und regelmäßigen Evaluierungen dieser Aktionspläne;
- 160 - Straßen und Plätze sollen prioritär nach verdienten Frauen aus Luxemburg und dem
161 Rest der Welt benannt werden, um die ungleiche Präsenz der Frauen im öffentlichen
162 Raum progressiv auszugleichen;
- 163 - Das gesamte Gemeindepersonal soll an Schulungen zum Thema
164 Geschlechtergerechtigkeit teilnehmen, im besonderen Personal, das in

165 Kinderbetreuungsstrukturen arbeitet und das in der Kommunikation nach außen
166 arbeiten.

167

168 *Die Integration nicht-luxemburgischer BürgerInnen bedeutet eine zentrale demokratische*
169 *Herausforderung für unsere Gemeinden. Ihre Beteiligung am gesellschaftlichen und*
170 *politischen Leben ist unabdingbar, bestehende Diskriminationen müssen abgeschafft*
171 *werden. déi Lénk wollen:*

172

173 - Die Einschreibungsprozeduren für die WählerInnenlisten vereinfachen und die
174 minimale Aufenthaltsdauer abschaffen;

175 - Die mehrsprachige Ausrichtung der Informations- und Kommunikationspolitik der
176 Gemeinde;

177 - Die verstärkte Zusammenarbeit der Gemeindeverwaltung mit Vertretern von
178 AusländerInnenorganisationen;

179 - Die Beteiligung ausländischer MitbürgerInnen an den konsultativen Kommissionen
180 gezielt fördern;

181 - Die Schaffung eines „Forum de la Citoyenneté“, bei dem Bedürfnisse analysiert und
182 Aktionspläne erstellt werden;

183 - Die gezielte Unterstützung von Vereinen und Organisationen bei der Entwicklung
184 interkultureller Projekte und der Ausbau und die Förderung soziokultureller
185 Gemeinwesenarbeit;

186 - Die Entwicklung und den Ausbau eines übergreifenden „Plan communal d’Intégration“;

187 - Eine gezielte Förderung von Nachbarschaftsfesten und -initiativen;

188 - Besondere Integrationsmassnahmen für Geflüchtete ergreifen;

189 - Aufbau einer regionalen oder interkommunalen Unterstützungsinfrastruktur für
190 Geflüchtete;

191 -

192 - Integrationsrundtische auf kommunaler, respektive regionaler Ebene, organisieren;

193 - Informationsmaterial auf weiteren Sprachen zur Verfügung stellen und dabei die
194 Sprachenvielfalt berücksichtigen, z.B. Portugiesisch, Farsi, Arabisch, Italienisch,
195 Serbokroatisch, etc.

196

197 *Garant der gleichberechtigten und demokratischen Beteiligung am gesellschaftlichen*
198 *Leben ist die öffentliche Hand durch den „Service public“. Demokratische Partizipation ist*
199 *nur dann möglich, wenn Dienstleistungen nicht kommerziell, sondern bedürfnisorientiert*
200 *organisiert werden. Deshalb wehren sich déi Lénk vehement gegen die offene oder*

201 *schleichende Privatisierung der öffentlichen Dienste – auch auf kommunaler Ebene. Sie*
202 *bedeutet nicht zuletzt ein Abbau demokratischer Einflussnahme und Kontrolle. Die*
203 *kommunalen Dienstleistungen müssen im Gegenteil ausgebaut, transparent verwaltet und*
204 *von den Nutzern mitgestaltet werden. Dies bedeutet:*

205

- 206 - Keine Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen;
- 207 - Gegen die Vergabe von öffentlichen Dienstleistungen an private Firmen und
208 Wiedereingliederung geschaffener Auslagerungen in den öffentlichen Dienst;
- 209 - Rekommunalisierung privatisierter öffentlicher Dienstleistungen, insbesondere in den
210 Bereichen Energie, Müll, öffentlicher Verkehr und sozio-educative Einrichtungen;
- 211 - Kommunale Investitionen dürfen nicht über PPP (Public Private Partnership)
212 finanziert werden (was in den meisten Fällen einer Teilprivatisierung gleichkommt),
213 sondern sollen von der öffentlichen Hand in Eigenregie getätigt werden;
- 214 - Schaffung von institutionalisierten Benutzerforen für öffentlichen Dienstleistungen,
215 welche mit ihren Vorschlägen und Kritiken zur Verbesserung der öffentlichen
216 Dienstleistungen beitragen;
- 217 - Erhalt und Ausbau des kommunalen Immobilienbesitzes;
- 218 - Überführung sauberer nicht mehr genutzter Industriegrundstücke in kommunales
219 Eigentum.

220

221 *Die Gemeinden müssen als demokratische Institutionen aufgewertet, die*
222 *Gemeindeautonomie verteidigt und ausgeweitet werden. Deshalb setzen déi Lénk sich*
223 *auch auf nationaler Ebene dafür ein, dass die Entscheidungen der Gemeinderäte vom*
224 *Innenministerium nur dahingehend überprüft werden dürfen, ob sie nicht allgemeinen*
225 *öffentlichen Interessen widersprechen. Generell gilt es, den Handlungsspielraum der*
226 *Gemeinden in zentralen gesellschaftlichen Bereichen wesentlich zu erweitern. Die*
227 *Gemeinden müssen über die Freiheit verfügen, entscheidende politische Akzente in*
228 *Fragen der Umverteilung des geschaffenen Reichtums und des ökologischen Umbaus*
229 *unserer Gesellschaft setzen zu können. Für dieses fundamentale demokratische Recht der*
230 *BürgerInnen setzen sich déi Lénk auf allen Ebenen ein.*

231

232

233 B) **Das maßlose Wachstum bremsen - für eine nachhaltige**
234 **Stadtentwicklung!**

235

236 *Der Klimawandel und die beschränkten natürlichen Ressourcen verlangen im 21.*
237 *Jahrhundert eine Politik, die sich an nachhaltigen, umweltschonenden Kriterien orientiert.*
238 *Allzu oft wird die Verantwortung für die Ergreifung von Initiativen von einer politischen*
239 *Instanz zur nächsten verschoben: von der kommunalen zur nationalen, von der*
240 *nationalen zur internationalen Politik. Dies erklärt weshalb in den vergangenen Jahren,*
241 *die Umweltpolitik eine untergeordnete Rolle in der Kommunalpolitik innehatte.*

242 *Eine nachhaltige Stadtentwicklung bedeutet für déi Lenk ein Zusammenspiel von*
243 *öffentlichem Einfluss, Bürgerbeteiligung und der Schaffung von Rahmenbedingungen*
244 *durch politische Entscheidungen, die wesentliche ökologische Akzente zu setzen vermag.*

245

246 *Gerade beim Transport zeigt sich, dass von Gemeinden wichtige Impulse ausgehen*
247 *können. Deshalb wollen déi Lénk folgende Ziele umsetzen:*

248

- 249 - Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebotes, insbesondere an Citybussen und
250 Nachtbussen;
- 251 - Der öffentliche Verkehr muss unter Kontrolle der Gemeinden bleiben: Keine
252 Auslagerungen von öffentlichen Dienstleistungen an private Anbieter, bzw.
253 Rekommunalisierung ausgelagerter Dienste;
- 254 - Schutz der Beschäftigten durch Einstellungen im öffentlichen Statut;
- 255 - Einführung und Ausbau von Tramstrecken sowohl in der Hauptstadt als auch im
256 Süden des Landes (Südtram);
- 257 - Systematisierung des P&R (Park and Ride)-Angebotes;
- 258 - Orientierung hin zu einem kostenlosen öffentlichen Nahverkehr für alle;
- 259 - Systematischer Ausbau eines abgesicherten Fahrradwegenetzes und Bau
260 interkommunaler Radschnellwege;
- 261 - Ausbau des Angebots an öffentlichen Fahrrädern und Elektrofahrrädern;
- 262 - Entwicklung kommunaler Verkehrskonzepte, welche den öffentlichen Nahverkehr, das
263 Fahrrad und den Fußgänger miteinander vernetzen und in den Mittelpunkt stellen.

264

265 *Die Energiepolitik der Gemeinden muss sich an demokratischen, sozialen und*
266 *ökologischen Kriterien orientieren. Heute bereits würden es die alternativen*
267 *Energietechnologien erlauben den Verbrauch an elektrischer Energie einer Stadt*
268 *abzudecken und den Einfluss großer Energiezentralen zu reduzieren. Auf die*

269 *Innovationsbereitschaft der großen Konzerne sollte man nicht warten, sondern kommunal*
270 *aktiv werden:*

271

- 272 - Die Energieversorgung (Gas und Strom) und besonders die Energienetze müssen
273 unter demokratischer Kontrolle in öffentlicher Hand bleiben. Privatisierungen sind
274 abzulehnen und privatisierte kommunale Dienstleistungen und Energienetze sind zu
275 rekommunalisieren;
- 276 - Erstellung einer Potentialitätenerhebung in allen Gemeinden für die Produktion nicht
277 fossiler Energie in den Bereichen Fotovoltaik, Windenergie und eventuell
278 Wasserenergie;
- 279 - Einstieg in die Produktion alternativer Energie unter öffentlicher Kontrolle und
280 Förderung von individuellen und kooperativen, dezentralen Initiativen der Produktion
281 alternativer Energie;
- 282 - Anbindung der Gemeinden an die „smart grids“ (intelligente Stromnetze, die
283 alternative Energiequellen optimal einbinden) unter öffentlicher Kontrolle;
- 284 - Konsequente kommunale Energieberatung der BürgerInnen und Betriebe;
- 285 - Kommunale Gebäude sollen nach den aktuellsten Umweltschutznormen und
286 Energiestandards gebaut, resp. sukzessive renoviert werden;
- 287 - Energie ist gleichzeitig ein Grundrecht. Bekämpfung der wachsenden Energiearmut;
- 288 - Konsequenter Verzicht auf Speisung von Atomstrom;
- 289 - Festsetzen von energieeffizienten Mindestkriterien in das kommunale Baureglement
290 (Energiesparmaßnahmen und Förderung erneuerbarer Energien);
- 291 - Subventionierung von Energiespar- und -produktionsmaßnahmen.

292

293 *Es gilt, dem Erhalt und dem Ausbau der natürlichen Umgebung gilt eine besondere*
294 *Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Deshalb stehen déi Lénk für:*

295

- 296 - Konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei ökologischen Schäden;
- 297 - Schutz, Unterhalt und Ausbau bestehender Naherholungsgebiete;
- 298 - Begrünung der Stadtkerne mit einheimischen ökologisch wertvollen Pflanzen;
- 299 - Renaturierung der Wasserläufe und kontinuierliche Überprüfung der Wasserqualität;
- 300 - Verzicht auf Pestizide bei öffentlichen Anlagen;
- 301 - Schadstoffmessungen bei ersten Verdachtsmomenten, speziell in Kindergärten und
302 Schulen;

- 303 - Aufforstung des gemeindeeigenen Waldes nach nachhaltigen Kriterien;
- 304 - Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu den natürlichen Landschaften der
305 Gemeinden;
- 306 - Staffelung der Wassertaxen nach Verbrauch. Eine Grundmenge soll kostenlos sein;
- 307 - Investitionen in das Wasserleitungsnetz zur Vermeidung von Lecks;
- 308 - Aktionsplan zur Installierung von Regenwasserauffangbecken bei kommunalen
309 Gebäuden;
- 310 - Finanzielle Unterstützung beim Bau von privaten Regenwasserauffangbecken und
311 technischen Mitteln zur Trinkwassereinsparung;
- 312 - Bewusste Benutzung ökologischer Materialien (schadstofffrei, regionale Produkte,
313 fair gehandelt) seitens der Gemeindeverwaltung;
- 314 - Förderung gemeinschaftlicher Gartenbauprojekte, Schrebergärten und urbanem Obst-
315 und Gemüseanbau, unter Verzicht auf Pestizide und mit der aktiven Beteiligung der
316 BürgerInnen;
- 317 - Bei allen PAPs verpflichtend Platz für Regenwasserauffangbecken und doppelte
318 Wasserleitungen einkalkulieren, sowie die Begrünung der Dächer vorsehen und dies
319 in den PAG und die Bautenregelung integrieren.
- 320
- 321 *Die intelligente Urbanisierung und die konsequente Aufwertung des öffentlichen Raumes*
322 *sind Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Dies bedeutet:*
- 323
- 324 - Keine Privatisierungen des öffentlichen Raumes;
- 325 - Aufstellung einer mittel- und langfristigen Entwicklungsplanung der Gemeinden unter
326 Mitwirkung der Bevölkerung;
- 327 - Soziale und ökologische Verträglichkeitsprüfung im Rahmen dieser
328 Entwicklungsplanung bei allen wichtigen Entscheidungen und Projekten;
- 329 - Wohnungsbauprojekte dürfen nicht zur weiteren Zersiedelung der Gemeinden
330 beitragen;
- 331 - In Wohnbereichen muss grundsätzlich auch erschwinglicher Gewerberaum für
332 Einzelhandelsgeschäfte und kleine Gewerbebetriebe geschaffen werden, u.a. auch zur
333 Förderung kürzerer Wege. Kommunikations- und Freizeitbereiche für die
334 BewohnerInnen müssen im Wohnumfeld vorhanden und die Infrastrukturen des
335 täglichen Bedarfs (Post, Bank) gewährleistet sein;
- 336 - Die Entwicklungsplanung ist in einen grenzüberschreitenden regionalen Rahmen zu
337 setzen;

- 338 - Städtepartnerschaften sollen wiederbelebt und ausgebaut werden und die
339 solidarische Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt werden;
- 340 - Initiativen zur Unterstützung von Nord-Süd-Projekte sollen gefördert werden;
- 341 - Aufstellung einer Liste aller schützenswerten Gebäude in der Gemeinde.
- 342

343 c) **Eine wirklich soziale Politik in den Gemeinden!**

344

345 *Die Gemeinden und ihre BürgerInnen sind als erste mit den Auswirkungen von sozialen*
346 *Krisen konfrontiert.*

347 *Obwohl sie nicht allein die Verantwortung der gesellschaftlichen Entwicklung*
348 *übernehmen und Missstände bewältigen können, gibt es konkrete Ansatzpunkte, um*
349 *einerseits präventiv und proaktiv die sozialen Probleme abzumildern, andererseits aber*
350 *auch Druck auf die übergeordneten politischen Ebenen auszuüben. Durch ihre Steuer-*
351 *und Steuerpolitik kann die Gemeinde wichtige Akzente setzen und der sozialen*
352 *Segregation entgegenwirken:*

353

- 354 - Orientierung der kommunalen Finanzpolitik sowohl bei den Ausgaben wie bei den
355 Einnahmen (Steuern, Gebühren) an transparenten sozialen Kriterien;
- 356 - Staffelung der kommunalen Taxen und Preise für lebenswichtige Grundbedürfnisse
357 (Wasser, Abwasser, Müll, Elektrizität, Gas) nach sozialen und ökologischen Kriterien.
358 Erstellung eines alternativen Finanzierungsmodells zur Absicherung der Einnahmen
359 der Gemeinden ohne Erhöhung der Gesamtbelastung der BürgerInnen;
- 360 - Kommunale Dienstleistungen dürfen nicht nach dem Kostendeckungsprinzip
361 verrechnet werden;
- 362 - Universale soziale Rechte dürfen nicht durch eine selektive Sozialpolitik ersetzt
363 werden.

364

365 *Die Wohnungsnot in Luxemburg ist dramatisch. Es fehlt an dringend benötigtem*
366 *bezahlbarem Wohnraum. Es geht dabei nicht nur um die Verwaltung der bestehenden*
367 *Armut, sondern um eine aktive Sozialpolitik, die auf bezahlbarem Wohnraum für alle setzt.*
368 *Hier haben die Gemeinden konkrete Gestaltungsmöglichkeiten, die sie wahrnehmen*
369 *müssten, um den Wohnungsbau aktiv zu unterstützen: Sozialer Mietwohnungsbau. Die*
370 *Gemeinden sollen sich dazu verpflichten, mindestens 10% des gesamten Wohnbestandes*
371 *in Form von öffentlichem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Den*
372 *Gemeinden werden hierfür bis zu 75% der Kosten vom Staat zurückerstattet;*

- 373 - Kommunale Renovierungsprogramme für Altbauten;
- 374 - Alternative Wohnprojekte (intergenerationelles Wohnen, Wohngemeinschaften,
375 Wohnungsbaugenossenschaften usw., für die es mittlerweile zahlreiche Initiativen
376 aus der solidarischen Ökonomie gibt, wie Ad-Hoc, Cohabitage und Nouma) müssen
377 von den Gemeinden gezielt gefördert werden;
- 378 - Brachliegende Grundstücke aktivieren. Um Spekulation auch im Bereich der
379 Grundstücke zu bekämpfen, sollen potenzielle Bauflächen, die länger ungenutzt
380 bleiben, verstärkt durch die Gemeinden besteuert werden. Wird das Grundstück

- 381 dennoch nicht genutzt, muss die Gemeinde eine Enteignungsprozedur einleiten, wie
382 es bereits im Pacte Logement vorgesehen ist, aber derzeit kaum Anwendung findet;
- 383 - Leerstand muss nutzbar gemacht werden. Prioritär muss der Leerstand erstmals
384 beziffert werden. Unbegründete und länger als ein Jahr andauernde Leerstände sollen
385 von den Gemeinden mit einer Steuer zulasten des/der BesitzerIn belegt werden, die
386 jedes Jahr verdoppelt wird;
- 387 - .
- 388
- 389 *Beim Zugang zur Bildung belegt Luxemburg Platz 18 unter 44 OECD-Ländern. Besonders*
390 *bei Kindern mit Migrationshintergrund verschärft das Luxemburger Bildungssystem die*
391 *sozialen Unterschiede. In den letzten Jahren wurde die Zuteilung der Lehrerinnen und*
392 *Lehrer den Gemeinden aus der Hand genommen und das Unterrichtsministerium betreibt*
393 *Austeritätspolitik. Dies geschieht über das großherzogliche Reglement vom 18. Februar*
394 *2010, das eine Vereinheitlichung der durchschnittlichen SchülerInnenzahl pro Klasse*
395 *vorsieht. So steigen die SchülerInnenzahlen pro Klasse in manchen Gemeinden von Jahr*
396 *zu Jahr. Grundvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der Qualität der öffentlichen*
397 *Schule ist demnach die Überarbeitung dieser Verordnung im Sinne einer Reduzierung der*
398 *durchschnittlichen SchülerInnenzahl pro Klasse von 16 auf 14. Für die Schulgebäude, die*
399 *Kindertagesstätten und viele andere Bereiche bleiben die Gemeinden weiterhin zuständig*
400 *und sie können hier konkrete Initiativen ergreifen und die staatliche Bildungspolitik*
401 *beeinflussen. „Bildung“ ist dabei als übergreifendes Konzept zu verstehen: von der*
402 *Kindertagesstätte bis zur lebenslangen Weiterbildung. Deshalb braucht es:*
- 403
- 404 - Konsequente Einführung bzw. Ausbau kostenloser Ganztagschulen, kindergerechter
405 Auffangstrukturen, Vorschulangebote und Kinderkrippen mit entsprechendem
406 sozioedukativem Personal;
- 407 - Neuen Schulraum in größeren Gemeinden nach dem Prinzip der „Stadtviertelschule/
408 école de quartier“ dezentral erschließen; bevorzugt wird der Bau kleinerer Schulen
409 (1 bis 2 vollständige Züge; 150 bis 300 Kinder); die Schulgröße wird 3 vollständige
410 Züge (450 Kinder) nicht überschreiten;
- 411 - - Bei Neubau Berücksichtigung der „Entité scolaire“, dh Schulen, einschließlich der
412 Maison Relais, werden nicht auf verschiedene Standorte verteilt, sondern bleiben
413 auf einen einzigen Standort beschränkt;
- 414 - Verstärkte Investitionen in qualitativ hochwertigen Schulraum;
- 415 - Konsequente Förderung soziokulturell benachteiligter Kinder;
- 416 - Flächendeckendes Angebot an Hausaufgabenhilfe und Elternberatung;
- 417 - Förderung der Inklusion in allen Schulen, damit es Schulen für alle Kinder werden;
- 418 - .

- 419 - Unterstützung von innovativen pädagogischen Projekten und Wahrung der
- 420 Kontinuität in den pädagogischen Teams beim Erstellen der Schulorganisation;
- 421 - Schaffung von Naturschulen, Waldschulen, Technischulen und Waldspielgärten;
- 422 - Entwicklung von Mitentscheidungsstrukturen für Lehrpersonal, Eltern und Kinder;
- 423 - Gewährleistung eines kommunalen Angebots an Sprachkursen;
- 424 - Alphabetisierungskurse für Kinder, Jugendliche und Erwachsene anbieten;
- 425 - Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene unterstützen (école de la 2e
- 426 chance);
- 427 - Schaffung von Volkshochschulen und kommunalen Bibliotheken/Mediatheken;
- 428 - Weiterbildungsmaßnahmen organisieren, um Lehrpersonal besser für
- 429 Migrationsfragen zu sensibilisieren;
- 430 - Staatlich anerkannte Weiterbildungsmaßnahmen im Bereich der Erwachsenenbildung
- 431 anbieten/ fördern bei denen auf die sprachliche Situation der TeilnehmerInnen
- 432 Rücksicht genommen wird;
- 433 - Stärkere Aufteilung der durch das Kontingent erhaltenen LehrerInnenposten nach
- 434 soziokulturellen und pädagogischen Kriterien auf die verschiedenen Schulen der
- 435 Gemeinde, so dass die meisten Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie am
- 436 dringendsten gebraucht werden.

437

438 *Während Kinder und Jugendliche die Zukunft unserer Gesellschaft sind, stellen ältere*

439 *Menschen die Erfahrung unserer Gesellschaft dar. In allen Lebensbereichen und –*

440 *situationen der Menschen – vom Kleinkind bis zum Senioren – können und müssen*

441 *Gemeinden angepasste Maßnahmen ergreifen, um auf die jeweiligen spezifischen*

442 *Bedürfnisse einzugehen und alle Menschen am Gemeinwesen teilhaben zu lassen:*

443

- 444 - Entwicklung eines Kinderkommunalplans mit konkreten Zielsetzungen, Zeitschienen,
- 445 entsprechenden finanziellen Mitteln und regelmäßigen öffentlichen Evaluierungen;
- 446 den Kindern muss die Möglichkeit geboten werden, selbst ihre Bedürfnisse
- 447 einzubringen und dementsprechend mitzugestalten; um die Bedürfnisse der Kinder zu
- 448 ergründen und darauf einzugehen braucht es dafür ausgebildeter Fachkräfte;
- 449 - Erweiterung der kommunalen Freizeitangebote für Kinder in den Schulferien;
- 450 - Schaffung kindergerechter Spielplätze in allen Stadtvierteln;
- 451 - Konsequente Einführung verkehrsberuhigter Straßen;
- 452 - Unterstützung von Eigeninitiativen Jugendlicher;
- 453 - Entwicklung eines Jugendkommunalplanes mit konkreten Zielsetzungen, Zeitschienen,
- 454 entsprechenden finanziellen Mitteln und regelmäßigen öffentlichen Evaluierungen;

- 455 - Schaffung kommunaler Einrichtungen für Jugendliche (Jugendhäuser, Jugendtreffs...)
456 mit Platz für Autonomie und Mitbestimmung auch bei der Planung;
- 457 - Erweiterung des Angebots an Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche;
- 458 - Regelmäßige Jugendforen sollen dazu dienen, dass Jugendliche ihre Vorschläge und
459 Bedürfnisse selbst in die öffentliche Diskussion einbringen können;
- 460 - Gezielte Jugendarbeit und Fördermaßnahmen für soziokulturell benachteiligte
461 Jugendliche;
- 462 - Aufbau eines Netzes an „Streetworkern“ mit dem Ziel der aufsuchenden und
463 präventiven Jugendsozialarbeit;
- 464 - Entwicklung einer kommunalen Beschäftigungspolitik für Jugendliche;
- 465 - Schaffung von betreuten Jugendwohnungen zur Unterstützung Jugendlicher, die nicht
466 mehr bei ihrer Familie leben können;
- 467 - Förderung intergenerationeller Projekte in allen Bereichen des Zusammenlebens;
- 468 - Kommunale Angebote an dezentralen Seniorenheimen;
- 469 - Seniorenforen zur Aufstellung einer kommunalen Bedarfsanalyse unter aktiver
470 Beteiligung der älteren BürgerInnen und der sie vertretenden Organisationen;
- 471 - Schaffung von kommunalen, dezentralen Tageszentren mit entsprechendem Angebot
472 an Freizeitaktivitäten;
- 473 - Maßnahmen, die ein möglichst selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden
474 ermöglichen (betreutes Wohnen, Tele-Alarm, Essen auf Rädern, Haushaltshilfe,
475 Transporthilfen, etc.);
- 476 - Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten für Senioren und Gewährleistung der
477 Teilnahme am öffentlichen Leben;
- 478 - Schaffung von behindertengerechten Wohnungen;
- 479 - Behindertengerechte öffentliche Einrichtungen, Zugänge, Gehwege und Übergänge;
- 480 - Erfüllung des gesetzlich festgelegten Anteils von Menschen mit Behinderung am
481 Personal der Gemeindeverwaltung.
- 482
- 483 *Es gilt für déi Lénk den alten und neuen Formen der Armut und Ausgrenzung, kohärente*
484 *Konzepte und Maßnahmen entgegenzuhalten, um zu einer übergreifenden und vernetzten*
485 *sozialen Kommunalpolitik zu gelangen, durch:*
- 486
- 487 - Schaffung von lokalen (oder regionalen) Ämtern für soziale Entwicklung mit
488 qualifiziertem Personal und entsprechenden Mitteln;

- 489 - Eine kontinuierliche kommunale Sozialberichterstattung mit Planungszielen,
490 Zeitplänen und regelmäßigen Evaluierung beschlossener Maßnahmen;
- 491 - Die lokale Beschäftigungspolitik nicht auf die CIGL beschränken, die sehr wenige
492 feste Arbeitsplätze schaffen, sondern ausdehnen auf die Unterstützung (finanziell,
493 durch öffentliche Aufträge, Bereitstellung von Arbeitskräften und
494 Weiterbildungsmaßnahmen, Expertise usw.) der kooperativen und
495 gewinnunabhängigen Sozial- und Solidarwirtschaft in Form von Gemüseanbau und -
496 verkauf, „épiceries solidaires“, handwerklichen Leistungen, Dienstleistungen;
- 497 - Initiativen zur Suchtprävention und Hilfe für abhängige Personen;
- 498 - Dezentrale Anlaufstellen in allen größeren Gemeinden für Obdachlose (Foyers de nuit,
499 Tageszentren) mit qualifiziertem Personal und individueller Betreuung mit dem Ziel
500 der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben;
- 501 - Den Sozialämtern die Mittel geben, um die Armut nicht bloß zu verwalten, sondern
502 um die NutznießerInnen, darunter viele „working poor“, selber stark zu machen bei
503 der Verteidigung ihrer Rechte als MieterInnen, Beschäftigte, Sozialversicherte, aber
504 auch beim Zugang zur Kultur. "Travail social en groupe" soll an die Stelle von kalten,
505 rigiden Strukturen mit rein individuellen Herangehensweisen treten.
- 506
- 507 *Die Gemeinde hat in der kommunalen Beschäftigungspolitik und im Kampf gegen*
508 *steigende Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse eine wichtige Aufgabe. déi*
509 *Lénk lehnen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Gemeindepersonals ab*
510 *und fordern deshalb:*
- 511
- 512 - Erhaltung und Schaffung von qualifizierten, sicheren, dauerhaften und nachhaltigen
513 Arbeitsplätzen im kommunalen Sektor durch Ausbau der öffentlichen
514 Dienstleistungsangebote;
- 515 - Unterbindung von Vetternwirtschaft und politischem Favoritismus durch Bildung
516 einer Einstellungskommission, die den Gemeinderat nach objektiven Kriterien berät;
- 517 - Einbindung von Ausschüssen und Belegschaftsversammlungen bei der Festlegung der
518 internen Arbeitsabläufe;
- 519 - Bildung von NutzerInnenkomitees, die bei der Gestaltung der
520 Gemeindedienstleistungen, wie Transport, Energienetzen oder Sozialdiensten,
521 angehört werden können;
- 522 - Die Kommunen sollten das staatliche Angebot an Billigarbeitskräften zu prekären
523 Bedingungen ablehnen und Posten gemäß kollektivvertraglichen oder statutarischen
524 Bedingungen schaffen. FunktionärInnenposten müssen auch weiterhin mit
525 FunktionärInnen besetzt werden;
- 526 - Die Gemeinden sollen in punkto Arbeitszeitverkürzung eine Vorreiterrolle spielen;

- 527 - Keine Auslagerung von Gemeindepersonal an private Firmen.
- 528 - Die Gemeinden sollen den Personen, die sie unter Bedingungen von RMG oder
529 Arbeitslosengeld einstellen, eine Weiterbildung anbieten, in dem Bereich, in dem sie
530 arbeiten und eine Festanstellung in Aussicht stellen.
- 531
- 532 *Eine fortschrittliche Kulturpolitik zielt auf die Förderung von Kreativität, lehrt das*
533 *Anerkennen und den Respekt des Anderen, schafft und schärft das Bewusstsein für seine*
534 *eigene Geschichte. Dies bedeutet:*
- 535 - Das Angebot an dezentralen Kultureinrichtungen kommunal zu fördern und mit Leben
536 zu füllen;
- 537 - Sozial verträgliche und harmonisierte Preise für kulturelle Veranstaltungen und
538 Musikschulen einzuführen;
- 539 - Gleichwertige Förderung der sogenannten Hoch- wie der Alternativkultur;
- 540 - Förderung von Initiativen nicht-kommerziellen Charakters; Den Kulturpass, der den
541 Zugang zu kulturellen Ereignissen vereinfachen soll, universell zugänglich machen und
542 aktiv bewerben;
- 543 - Bei kulturellen Veranstaltungen der Gemeinde sollte die „carte d’invalidité“ überall
544 Anrecht auf eine starke Preisermäßigung geben;
- 545 - Das kulturelle Angebot sollte, unter Einbeziehung der Bevölkerung in die Planung, der
546 kulturellen Vielfalt der Bevölkerung in den Gemeinden entsprechen und sie
547 widerspiegeln;
- 548 - Ausweitung des Kulturangebots in den Schulen und Förderung der Kreativität von
549 Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung ihrer Ideen und Bedürfnisse;
- 550 - Kulturelle Veranstaltungen über die Jugendhäuser organisieren und fördern;
- 551 - Kostenloser Zutritt zu kommunalen Museen;
- 552 - .
- 553 - Projekte, die das Geschichtsbewusstsein fördern und besonders die Verbrechen
554 des Naziregimes aufarbeiten, in den Gemeinden aufbauen.

555

556 *Dem berechtigten Anspruch auf Sicherheit der BürgerInnen gilt es nachzukommen. Wobei*
557 *allerdings „Sicherheit“ auf keinen Fall mit der Einschränkung der Bürgerrechte*
558 *einhergehen kann. „Sicherheit“ ist für déi Lénk deshalb vorrangig das Resultat eines*
559 *funktionierenden sozialen Gefüges, das verschiedenste Aspekte umfasst und Grundlage*
560 *individueller Entfaltung ist. Deshalb stehen déi Lénk für:*

561

- 562 - Professionalisierung der Rettungsdienste;
- 563 - Förderung, Anerkennung und finanzielle Unterstützung der freiwilligen Feuerwehr;
- 564 - Keine Auslagerung von Sicherheitskompetenzen an private Sicherheitsfirmen;
- 565 - Entwicklung von präventiven Projekten entsprechend den mit der Polizei, der
566 Staatsanwaltschaft und den Sozialdiensten ausgearbeiteten lokalen
567 Sicherheitsplänen, hin zu einer „police de proximité“, einer dezentral arbeitenden und
568 bürgernahen Polizei;
- 569 - Keine Videoüberwachung des öffentlichen Raumes: Kameras verhindern kein
570 Verbrechen;
- 571 - Schaffung eines lokalen Rates für Prävention und Konfliktbewältigung mit Beteiligung
572 der BürgerInnen;
- 573 - Gezielte Förderung von Schulprojekten, in denen Grundwerte wie Kooperation,
574 Solidarität, Demokratie und Gewaltfreiheit vermittelt werden;
- 575 - Die Konflikt- und Kooperationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ist zu stärken
576 und zu entwickeln, ebenso Antiaggressionstraining, eine Stärkung des
577 Selbstwertgefühls der SchülerInnen und die Schaffung eines sozialen Klimas an der
578 Schule;
- 579 - Angemessene Straßenbeleuchtung: Flure, Ein- und Aufgänge, Zugänge zu Gebäuden,
580 Spielplätze sowie Zugänge zu Parkplätzen und Parkhäusern sind bewusst unter dem
581 Aspekt der Sicherheit einsehbar zu gestalten;
- 582 - Den öffentlichen Raum beleben: durch die Verhinderung von Monostrukturen wie die
583 Nutzung einzelner Stadtteilbereiche nur zu Wohn- oder Arbeitszwecken kann ein
584 weiterer Beitrag zur Sicherheit geleistet werden.
- 585 - Grundsätzlich dürfen sich Stationen und Bahnhöfe des öffentlichen Nahverkehrs nicht
586 zu unbesetzten Zonen entwickeln.